

Unsere Politik für bezahlbare Mieten: BAUEN, KAUFEN, DECKELN

Jede und jeder hat das Recht auf eine bezahlbare Wohnung. Und Eigentum verpflichtet. Deshalb sorgen wir dafür, dass in Berlin mehr bezahlbare Mietwohnungen gebaut werden. Deshalb sichern wir bezahlbare Mieten, indem wir Miethäuser kaufen. Und deshalb schützen wir Berliner Mieterinnen und Mieter mit allen rechtlichen Möglichkeiten vor steigenden Mieten.

BAUEN

Das wirksamste Mittel gegen steigende Mieten ist der Bau von mehr günstigen Mietwohnungen. Deshalb sorgen wir dafür, dass die sechs kommunalen Wohnungsbaugesellschaften mehr Mietwohnungen bauen: Bis 2026 sollen sie 53.400 neue Wohnungen bauen, davon 17.800 als geförderter Wohnungsbau.

Auch private Bauunternehmen tragen dazu bei, schneller, mehr und auch günstigere Wohnungen zu bauen. Zum Beispiel mit Instrumenten wie dem Bündnis für Wohnungsneubau, der sozialen Wohnungsbauförderung und dem kooperativen Baulandmodell. Bei diesem Modell wird in einem städtebaulichen Vertrag u.a. vereinbart, dass bei Neubauprojekten 30 Prozent der Wohnfläche günstige Mietwohnungen sein müssen (mietpreis- und belegungsgebunden).

KAUFEN

Durch Neubau und Zukauf erhöhen wir die kommunalen Wohnungsbestände auf 400.000 Wohnungen bis zum Jahr 2026. Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften bieten stabile Mieten: Wir haben die Mietsteigerungen auf höchstens 2 Prozent pro Jahr beschränkt und Mieterhöhungen in Folge von Modernisierungen auf maximal 6 Prozent begrenzt.

In den Milieuschutzgebieten setzen wir verstärkt auf das kommunale Vorkaufsrecht, um Mietpreissteigerungen durch Spekulation zu verhindern. Dabei wird bei jedem Grundstücksverkauf überprüft, ob das Grundstück vom Bezirk zugunsten Dritter (z. B. landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, Genossenschaften, gemeinnützige Vereine, Mietergemeinschaft) erworben werden kann.

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller hat klar gemacht: Das Land Berlin ist bereit, in Berlin alle für Wohnungsbau geeigneten Liegenschaften des Bundes (BIMA) zu kaufen.

DECKELN

Wir tun alles, was rechtlich möglich ist, um den Anstieg der Mieten zu stoppen. Im Bundesrecht haben wir die Mietpreisbremse verschärft. Mieterhöhungen nach Modernisierungen sind auf 8 Prozent der Modernisierungskosten beschränkt (bisher: 11 Prozent) und werden sechs Jahre lang bei 3 €/m² gekappt (bei Mieten unter 7 €/m² bei 2 €/m²). Weil es hier aber durch die CDU/CSU zahlreiche Ausnahmen gibt, wollen wir zusätzlich einen Mietendeckel für Berlin. Wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um so die Mieten wirksam zu begrenzen und die Spekulation zu stoppen.

www.spd.berlin/mieten

